

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Regelnummer: Die Anzeiger der Postämter sind zu bestellen bei den Postämtern. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1900

Nr. 298

Dienstag, den 23. Dezember 1924

19. Jahrgang

### Französische Annexionsgelüste.

Frankreich möchte Saarlouis gegen das Saargebiet eintauschen. Bekenntnis der Stadt Saarlouis zum Deutschtum.

Saarbrücken, 21. Dez. Wie zuverlässig verlautet, ist nachstehendes von sämtlichen Stadtverordneten der Stadt Saarlouis unterzeichnetes hochbedeutendes Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten abgegangen Herr Präsident! Sie haben ein Angebot ausgesprochen, wonach Frankreich auf das Saargebiet und auf die Gruben Bezüge leisten würde, wenn die Stadt Saarlouis mit seinen Bürgermeistereien an Frankreich fielen. Wir Bürger von Saarlouis können nicht annehmen, daß Sie, Herr Präsident, über die Stimmung im Saargebiet richtig unterrichtet sind, weil Sie sonst einen derartigen Vorschlag nicht ausgesprochen hätten. Es wird dann auf die Unwahrscheinlichkeit der Clemenceauschen Behauptung von den 150 000 Saarfranzosen hingewiesen und demgegenüber nachdrücklich betont, daß das Saartal im Herzen rein deutsch sei, deutsch war und deutsch bleiben werde. Es heißt dann weiter: Als gute Deutsche bekämpfen wir jede Bestrebung auf Abtrennung vom deutschen Vaterland, weil wir wissen, daß eine Abtrennung den unbedingten wirtschaftlichen Niedergang im Gefolge haben muß. Aber auch abgesehen von wirtschaftlichen Erwägungen, sind wir gewillt, deutsch zu sein und zu bleiben. Die Stadt Saarlouis appelliert an das Gerechtigkeitsgefühl Herrs und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der französische Ministerpräsident niemals ihren freimütig zum Ausdruck gebrachten Patriotismus mißachten und eine Abtrennung von Saarlouis vom deutschen Mutterland befürworten wird.

Ein im gleichen Sinne gehaltenes Schreiben ging an die deutsche Regierung und an den Böhmerbund ab. Der Böhmerbund wird dringend gebeten, über das Schicksal des Saarlandes nicht ohne Abstimmung zu entscheiden, da eine Abstimmung den unerschütterlichen Willen der Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben, kundtut wird.

In der Eingabe an den Reichskanzler heißt es: Wir, die gewählten Vertreter der Stadt Saarlouis, halten es für unsere heiligste Pflicht, gegen diese beabsichtigte Vergewaltigung eines rein deutschen Volksteils einmütig vor der ganzen zivilisierten Welt den allerhöchsten Einspruch zu erheben. Wir fügen uns dabei auf die Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles, die den Bewohnern des Saargebietes das Selbstbestimmungsrecht garantiert. Was wir in schwerster Stunde trotz des Druckes der Militärdiktatur unserem Vaterland freimütig gelobt haben: Treue bis zum Tode, ist heute so wahr wie damals. Wir waren gut deutsch, wir sind gut deutsch, und wir wollen gut deutsch bleiben. Die Abstimmung in zehn Jahren wird — davon sind wir fest überzeugt — eine glänzende Rechtfertigung des Treuebundes aller Saarländer zum Deutschtum bringen. Wir Bewohner der Stadt Saarlouis wollen hierbei mit an erster Stelle stehen; denn wir haben für die Zukunft keinen brennenderen Wunsch, als den der Wiedervereinigung mit unseren deutschen Brüdern.

### Romantiker und Politiker.

Ein Kampf neben den Parteien.

Im letzten Heft der demokratischen Wochenzeitung „Die Hilfe“ schreibt Gertrud Bäumer über das „Kaisertum des Wahnsinnes“. Ihren interessantesten Ausführungen entnehmen wir die folgenden Sätze:

„Neben dem Kampf der Parteien wurde noch ein anderer Kampf ausgefochten: zwischen Politikern, Spießbürgern und Romantikern. Das Ringen der Demokratischen Partei um das Bürgertum ist zumeist der Kampf zwischen Politik und Spießbürgerei. Die eigentliche Aufgabe war, den Spießbürger überhaupt zu einer politischen Stellungnahme und Auffassung zu nötigen. Der Spießbürgerinstinkt als politischer Faktor geht auf Verteidigung der Klasse — wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell; daher der Haß der Bürgerblödelei. Für den Spießbürger, der überhaupt noch nicht politisch geworden ist, ist dies das Natürliche. Da fällt er sich hingebend, zu feineigenschaften und noch lieber zu denen, die noch ein wenig höher stehen als er — gesellschaftlich betrachtet. Da ist er noch lieber. Der Liberalismus verlangt von dem Bürger ein bißchen mehr: gelassenheit der anderen; die Demokratie verlangt noch viel mehr: bewußte Einordnung der eigenen Interessen in das Ganze.“

Die Gefahr, daß die gesamte deutsche Politik wieder durch den Klassenkampf gestempelt wird, ist riesengroß. Wer es nicht fühlt, hat kein Volksverständnis. Das Traurige, das gerade die Bildungsschicht es nicht fühlt, im Gegenteil, mit Beugung, Pharisäertum und unerschütterter Selbstzufriedenheit in die Klassenherrschaft hineingesetzt. „Herr ich dank dir, daß ich nicht bin wie andere Leute, Sozialdemokraten, Kommunisten oder auch wie dieser Demokrat!“ Denn umhassen sie natürlich am meisten, weil wir ihre Klasseninstinkte nicht für Patriotismus nehmen wollen, wo für sie sie gern verkaufen möchten und vielleicht sogar selbst halten.

Auf der anderen Seite setzt schon jetzt ein Arbeiterleben ein, das notwendig zur Radikalisierung führen muß, wenn nicht alle Mächte dagegen ausgeben werden. Im Kohlengruben von Ostfriesland fahren jetzt die Bergarbeiter zwei Zwölfstundenschichten bei elenden Löhnen. Ein Drittel der Arbeiter wurde entlassen, als man von den drei Zwölfstundenschichten zu den zwei Zwölfstundenschichten überging, und nun traut sich niemand, einen Lohnkampf zu führen. Die Knappschichtkasse zahlt keine Familienhilfe, und die Tuberkulosefürsorgern steht vollkommen ohnmächtig der Not und Krankheit gegenüber. Aber die Wahlaufreude des deutschen nationalen Unternehmertums prägen: „Hier Christentum und gesunde Wirtschaft — dort (bei den Leuten, die Zwölfstundenschichten für 19 Mark Wochenlohn machen) Unglaube und wirtschaftliche Ruinen.“ Wenn eine Volkssolidarität jemals notwendig war, ist sie es für den kommenden Daseinskampf, und wer nicht mit allen Kräften versucht, sie gerade den leidenden Volksschichten — das ist heute die Arbeiterschaft — nahe zu bringen, ganz greifbar und verständlich, der begeht die nationale Sünde.“

### Die Freilassung der politischen Gefangenen in Bayern.

München, 20. Dez. Die mit Bewährungsfrist bedachten neun politischen Gefangenen haben heute mit tag ihre Freiheit wiedererlangt. Die erste Mitteilung erfolgte telephonisch an die Verwaltung der Festungsstrafanstalten Landsberg und Niederbarnheim sowie der Justizhäuser Straubing und Straubing. Nach Eintreffen der telegraphischen Befehle wurde von den Anstaltsleitern die Freilassung verfügt. Das Telegraphenamt Landsberg ist überflutet mit zahllosen Glückwunschbescheiden für Adolf Hitler und Oberleutnant Kriebel. Die Freilassung der beiden Führer des Novemberputsches war seit Tagen erwartet und deshalb keine Ueberraschung mehr.

Um so größerer Aufsehen rief die gestern damit gesammelte Freilassung von Kurt Eisners Sekretär Gehlenbach hervor, der im Justizhaus Straubing die aus dem Münchener Volksgericht zuerkannten 11 Jahre Justizhaus abzuhängen hat. Gehlenbach wurde gleichzeitig von seinem Verteidiger Dr. Max Hirschberg verurteilt, der unabhängig für die Festhaltung seiner Klienten gekämpft hat. Gehlenbach fuhr dann zu seinen Eltern nach Würzburg ab. Selbstverständlich gibt sich Gehlenbach mit einem bloßen Gnadenakt der bayrischen Regierung nicht zufrieden, sondern wird erst nach der Wiederherstellung seiner politischen und persönlichen Ehre die Wiederaufnahme seines Prozesses anstreben, in der Ueberzeugung, daß das Reichsgericht zu einem freisprechenden Ergebnis kommen muß.

### Letuan von den Spaniern aufgegeben.

Paris, 21. Dez. Havas meldet aus Bayona, daß nach einer Mitteilung vom vergangenen Freitag General Primo de Rivera Gerüchten zufolge sich gezwungen gesehen habe, Letuan aufzugeben. Diese Nachricht wurde ein entsprechender offizieller Artikel in einem Madrider Blatt vom gleichen Tage, der das Interesse hervorhebt,

### Um die Kölner Zone.

#### Deutschland verlangt die Räumung Kölns.

Paris, 20. Dez. Der Pariser Korrespondent des „Journal“ meldet seinem Blatt auf Grund von Informationen, die er in kompetentesten Berliner politischen Kreisen erfahren haben will, daß die deutsche Regierung fest entschlossen ist, in schärfster Form zu protestieren, wenn die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone durch einen Beschluß der Alliierten unter sich herbeigeführt werden würde. Die deutsche Regierung verlangt, daß die Modalitäten der Verlängerung der Besetzung in gemeinsamen Vereinbarungen zwischen den Alliierten und Deutschland festgelegt werden.

Es ist anzunehmen, daß die Meldung des „Journal“ einen Versuchsschallon darstellt. Vorläufig kann keine Rede davon sein, daß die deutsche Regierung geneigt wäre, auf eine Verlängerung der Besetzung Kölns einzugehen, wenn nur gemeinsame Verhandlungen darüber stattfinden. Wir haben nach dem Versailler Vertrage einen Rechtsanspruch auf die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar und verlangen seine Erfüllung.

Paris, 21. Dez. Zur Frage der Räumung der Kölner Zone schreibt „Figaro“, entweder die Kontrollkommissionen können zu dem Ergebnis, daß Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt habe, dann werde sich die Frage nach Ansicht der Alliierten von selbst regeln und die englischen Truppen bleiben am Brückenkopf von Köln oder aber, die Kontrollkommission sei der Ansicht, daß Deutschland die Vorschriften des Friedensvertrages erfüllt habe; in dieser Falle wäre die provisorische Weiterbesetzung der Kölner Zone eine Frage, aber die man mit den Deutschen verhandeln müsse. In diesem Falle müsse man ohne Zweifel als Entschädigung eine raschere Räumung des Ruhrgebietes versprechen. Nach Ansicht des „Figaro“ werden diese Verhandlungen, wenn die Presse sie nicht erschwert, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Lord Curzon habe, als er am Donnerstag im Oberhaus gesprochen habe, nur den ersten Teil dieser Frage behandelt. Diese Haltung vor einer gesetzgebenden Versammlung sei nur eine höfliche Weigerung, zu sprechen. Was herankomme also die Deutschen Militär, anzukündigen, daß die englischen Truppen nicht vor dem Sommer die Kölner Zone räumen würden? Diese Behauptung könne sich gründen auf das, was man schon vor dem Bericht der Kontroll-

kommission wisse, aber, so wirt das Blatt fort, man könne auch annehmen, daß der Bericht nicht entscheidend sei. In diesem Falle müßten die Alliierten sich verständigen und auch mit Deutschland verhandeln. Das wisse Deutschland. Diese Verhandlungen würden im Augenblick vorbereitet. Dieses Manöver dürfe aber die öffentliche Meinung nicht erregen, denn es handle sich hier um die Geschichte des Verkäufers, der erklärt, daß er nichts verkaufen wolle. Deutschland versuche seine Zustimmung zur Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone sich so teuer wie möglich abhandeln zu lassen.

Amerika für ein Kompromiß in der Kölner Frage. Washington, 20. Dez. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, erwartet man eine Einigung in der Frage der Räumung der Kölner Zone in dem Sinne, daß die Kölner Zone und das Ruhrgebiet gleichzeitig geräumt werden, und zwar im April und Mai. Man hält diese Lösung für Deutschland annehmbar. Dieser Ansicht ist auch General Allen, der frühere Kommandeur der Koblenzer Zone. Er hat jedoch die Wichtigkeit einer ungewöhnlichen Bindung hervor und betonte die Notwendigkeit, daß Deutschland einer solchen Lösung zustimmen müsse. Ohne Deutschlands Zustimmung entstände sonst eine neue, den Frieden gefährdende Stellungnahme.

#### Militärkontrolle bis 31. März 1925!

Rotterdam, 20. Dez. „Evening Times“ melden gestern abend, der am Donnerstag vormittag in Paris und London eingegangene Zwischenbericht der alliierten Militärkontrollkommission schlägt die Verlängerung der Kontrolle in Deutschland bis vorläufig 31. März 1925 vor.

#### Die riesigen amerikanischen Schiffsgeschäfte.

England protestiert. Paris, 21. Dezember. Wie dem „Journal“ aus Washington gemeldet wird, habe England an die Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, die sich mit der Tragweite der neuen Kanonen beschäftigt, die auf den amerikanischen Kreuzern eingebaut werden sollen. Die Tragweite dieser Geschäfte sei größer, als die im Washingtoner Protokoll über die Verabreichung der Rüstungen vorgezeichnet. Der Inhalt dieser englischen Note sei noch nicht veröffentlicht, doch verifiziere man in gutunterrichteten Kreisen, daß die englische Regierung gegen diesen Plan der amerikanischen Marineleitung protestiere.